

Der Forum-Gast

Eine neue Institution für eine alte Aufgabe: Zukunftsräte

Robert
Unteregger*

Die Mitgestalter der Bundesverfassung und der kantonalen Verfassungen im 19. Jahrhundert haben grundlegende Neuerungen eingebracht: die Bürgerrechte mit dem Leitgedanken der Mündigkeit und Rechtsgleichheit aller erwachsenen Menschen, die Verfeinerung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Stimmenden, das Zweikammersystem mit repräsentativen Vertretungen nach Bevölkerungsgrösse und nach Kantonen. Unsere politische Arbeitsweise beruht noch heute auf der damals eingeführten Ordnung. Die Verfassungsväter des 19. Jahrhunderts haben ihre Neuerungen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Zielvorstellungen – für die damalige Zeit echte Visionen! – und im Hinblick auf eine zu gestaltende Zukunft hin entworfen. Es waren ihre Antworten auf die Aufgaben und Herausforderungen ihrer Zeit.

Welches sind unsere Visionen?

Welches sind heute unsere gesellschaftlichen Aufgaben und Herausforderungen? Welches sind unsere Visionen, und was tun wir, damit sie Wirklichkeit werden?

Unsere Gesellschaft bewegt sich in verschiedenen Bereichen seit Jahrzehnten auf Entwicklungslinien, die wir so nicht fortführen können. Einige Kennzahlen zur Entwicklung der Schweiz

fristig nicht gangbare Entwicklungspfade hineinmanövriert, wortwörtlich No-Future-Pfade einschlägt? Die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich unsere Gesellschaft in diesem Jahrhundert erschlossen hat, sind enorm. Mit ihnen vermögen wir das Antlitz der Erde in gewissem Sinn zu verändern, auch zu zerstören. Was wir bisher noch nicht geschafft haben, ist, mit diesen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten schöpferisch vorausschauend und langfristig verantwortbar umzugehen und hierzu geeignete Institutionen zu schaffen. Die Dringlichkeit und Notwendigkeit für einen solchen Umgang wurde bereits vor Jahrzehnten klar gesehen und ausgesprochen: 1955 schrieben Lucius Burckhardt, Max Frisch und Markus Kutter in «achtung: die Schweiz»: «...Es ist ein Jammer und das Werk unserer Generation, der, schlimmer als den Grossvätern, die industrielle Entwicklung über den Kopf gewachsen ist. Der Unterschied ist nur, dass unsere Generation, angesichts des grossväterlichen Erbes, zur Idee der Landesplanung gekommen ist und eine solche Planung sogar hat; sie arbeitet mit viel Wissen, mit viel gutem Willen und rettet, was zu retten ist, aber sie plant nicht, denn dazu fehlen ihr die gesetzlichen Grundlagen. ... Wir sind vor einem Punkt, wo Freiheit nur noch durch Planung zu retten ist. Das ist ein Paradox, das von ganz verschiedenen Köpfen ermittelt worden ist, von Wirtschaftlern und von Philosophen. Es ist mit einem hysterischen Nein nicht widerlegt. Planung heisst dann: Wir entwerfen den Rahmen, innerhalb dessen die Freiheit noch tatsächlich ausgeübt werden kann, und nur so können wir sie unseren Kindern weitergeben. Wir hoff-

bleibt weitgehend ungenutzt. Dies kann in einer Gesellschaft, die mit ihren Mitteln zunehmend einschneidende Langzeitfolgen erzeugt, die über Lebensbedingungen und Existenz der Nachrückenden entscheiden, nicht lange gut gehen. Die Bereiche der Wirtschaft, der Technik und der Wissenschaft entwickeln sich nicht von sich aus langzeitorientiert und vernünftig. Sie bedürfen eines politischen Rahmens, d. h. qualitativer Zielvorstellungen, auf die hin sie ihre Möglichkeiten für die Gesellschaft verantwortungsvoll und vorausschauend entwickeln können.

Zukunftsräte als Langzeit-Gedächtnis

Wenn wir unsere Gesellschaft von ihren No-Future-Pfaden hin zu langfristig gangbaren Entwicklungspfaden lenken wollen, brauchen wir politische Gefässe, worin langfristige gesellschaftliche Ziele und erste Schritte, die in Richtung dieser Ziele führen, frühzeitig ausgedacht, formuliert und wirksam in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden können. Solche Gefässe – nennen wir sie Zukunftsräte – würden unsere Gesellschaft wieder mit einem Langzeitgedächtnis versehen und die Grundrechte der nachrückenden Generationen einbringen. Sie würden die heutigen Parlamente – die Gegenwartsräte – und die Exekutiven, die mit den Geschäften und dem Interessenausgleich der Nahzeit auch künftig ausgelastet sein werden, gezielt und wirksam um die Dimension der Langzeit ergänzen.

Wie könnten solche Zukunftsräte arbeiten? Sie werden themenbezogen qualitative Ziele für unsere Gesellschaft in 20 Jahren umreissen und dazu

fristig und kontinuierlich gesellschaftliche Ziele zu formulieren und diese wirksam anzustreben. Über die Verfassungsfenster wird die Langzeitperspektive zum ständigen Begleiter von Gegenwartsrat und Exekutive. Indem diese in ständiger Abstimmung und im Gespräch mit dem Zukunftsrat stehen, werden längerfristige Zielsetzungen zum Bestandteil der täglichen politischen Arbeit. Möglicherweise verfügt ein Zukunftsrat neben den Verfassungsfenstern über weitere Einflussmöglichkeiten mittels Beschleunigungsrecht auf einzelne Geschäfte, qualifiziertem Veto, Recht auf frühzeitige und begleitende Stellungnahmen zu (an)laufenden Geschäften, Recht auf Anhörung und Initiativrecht. Schwerpunkt seiner Arbeit sollen jedoch die Verfassungsfenster bleiben. Sie erlauben ihm, gezielt die Langzeitperspektive einzubringen und zwischen Zukunfts- und Gegenwartsrat eine Arbeitsteilung, die auf dem Zeithorizont beruht, einzuhalten. Die Bevölkerung bezieht einen Zukunftsrat ein, der seine Zielsetzungen im Rahmen thematischer Zukunftsräte vorstellt und zusammen mit den Teilnehmern weiterentwickelt. Mit qualitativen Volksbefragungen stellt er in einem Handlungsfeld verschiedene Ziele und Massnahmen vor. Dadurch wird es möglich, grundlegende Themen differenziert zu behandeln. Der Wähler gewichtet die verschiedenen Ziele und Massnahmen mit der Zuteilung von Punkten.

Ein Zukunftsrat muss demokratisch gewählt werden

Ein Zukunftsrat, der über die hier vorgeschlagenen Kompetenzen verfügen würde, muss demokratisch gewählt

in vollem Gang. Dies bietet eine gute Chance, Zukunftsräte erstmals auf Verfassungsebene einzuführen. In der Waadt hat die Kommission «rôle tâches de l'Etat et finances» des Verfassungsrates die Einführung eines Zukunftsrates vorgeschlagen. Am 1. Dezember ist der Vorschlag vom Plenum des Verfassungsrates in der ersten Lesung nur mit einem Zufalls-Nein von 65:62 zurückgewiesen worden. Jean-François Roth, jurassischer Regierungsrat, plädiert für die Einführung einer Antizipative als vierter Kraft. Armand Lombard und Pascal Broulis, die beiden Co-Präsidenten des interparlamentarischen Forums der Romandie, bringen den Vorschlag eines Prospektivrates für die Westschweiz in die Diskussion. Beide Vorschläge gehen aus Überlegungen hervor, wie sie auch dem Konzept Zukunftsrat zu Grunde liegen. Die Schweizerische Stiftung Zukunftsrat, die sich seit 1997 für die Schaffung von Zukunftsräten in der Schweiz einsetzt, hat mit Mitgliedern der Verfassungsräte der vorgenannten Kantone Kontakt aufgenommen und ihnen die Idee vorgestellt. Ein Entwicklungsprogramm für Zukunftsrats-Konzepte mit Vertretern verschiedener Hochschulen und kantonalen Verfassungsräten ist am Anlaufen. Im Rahmen der expo.02 werden Jugendliche aus der ganzen Schweiz, unterstützt von sachverständigen Erwachsenen in ganz unterschiedlichen Themenkreisen Vorstellungen für die Schweiz in 20 Jahren entwickeln und dabei den Gedanken- und Handlungsspielraum künftiger Zukunftsräte in Ansätzen aufzeigen. In einzelnen Gemeinden wie Illnau-Effretikon, Rheinfelden und in der Region Entlebuch sind Strukturen im Stil lokaler Zu-

1950–1990 verdichteten dies: Die verbaute Fläche hat sich in dieser Zeit verdoppelt; der Siedlungsabfall hat sich 4,3-mal vervielfacht, der CO₂-Ausstoss 4,4-mal, der Benzinverbrauch 11-mal, der Verbrauch an Flugtreibstoffen 27-mal und der Transitgüterverkehr auf der Strasse 388-mal! Dies bei einer vergleichsweise geringen Bevölkerungszunahme von 44 Prozent. Angesichts dieser Entwicklung ist zumindest eine gesellschaftliche Herausforderung nahe liegend: Eine Lebens- und Gesellschaftsweise auszuprägen, die von den natürlichen Lebensgrundlagen nicht (viel) mehr wegnimmt, als diese abgeben. Hierzu sind grundlegende Veränderungen in unseren Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Einrichtungen sowie im Einsatz und in der Ausrichtung der Technik erforderlich. Doch nicht nur das: Der Ausruf eines Managers im Anschluss an eine kurze Rede von Leonardo Boff im Rahmen der Herbsttagung der Novartis Stiftung für nachhaltige Entwicklung vom vergangenen Jahr («Es ist auch nicht einfach, so viel zu haben und so wenig zu sein!») steht für die Herausforderung, sich vom materiell geprägten Leitsatz des «immer schneller, grösser, weiter, mehr» vermehrt loszumachen und einfachen, aber grundlegenden humanen Belangen und geistigem Wachsen mehr Raum zu geben.

«...wo Freiheit nur noch durch Planung zu retten ist»

Wie ist es überhaupt möglich, dass sich eine Gesellschaft innert weniger Jahrzehnte im Höchsttempo in länger-

fen ja nicht, die letzten Schweizer zu sein...»

Um angesichts des technischen Zeitalters eine langzeitorientierte Politik zu ermöglichen, schlug Max Imboden 1964 im Büchlein «Helvetisches Malaise» die Einrichtung eines «zivilen Generalstabs» vor: «In allen Bereichen der öffentlichen Tätigkeit besteht zu meist nur eine beschränkte Zahl in sich konsequenter Lösungsmöglichkeiten; diese lassen sich – wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in ihren tragenden Grundlagen – in den meisten Fällen gedanklich voraus entwerfen. Ein solches Vorgehen wäre Weitsicht ohne lenkende Planung; das Kommando würde vorbereitet, ohne jenen, die später handeln müssen, die Freiheit des Entschlusses zu nehmen. Im Gegenteil würde die Freiheit der politisch Handelnden erhöht. Der Verantwortliche wird in die Lage versetzt, auf Grund echter Alternativen zu entscheiden; er macht sich vom Zwang der Verhältnisse frei.» Die traditionelle politische Arbeitsweise, die aus einer anderen Zeit stammt, ist kurzeitorientiert. Der vierjährige Wahlrhythmus und die starke Rückkoppelung an Tagesgeschehen und Medien verhindern eine kontinuierliche, langzeitorientierte Politik. Zudem führt unsere komplizierte Lebensweise mit ihrem hohen Rhythmus zu einer Geschäftsdichte, die Politikerinnen und Politiker überfordert. Für gesellschaftliche Entwicklungen, die sich über Jahrzehnte hinziehen, ist niemand zuständig. Die Möglichkeit des schöpferisch-vorausschauenden Gestaltens auf gesellschaftlich-politischer Ebene

erste Schritte, die dahin führen, die Organisationsweise hängt von der gesellschaftlichen Grösseneinheit ab, davon, ob es sich um einen Zukunftsrat einer Gemeinde, eines Kantons oder einer Region handelt. Auf Gemeindeebene kann ein Zukunftsrat als Forum aufgebaut werden, worin Bürgerinnen und Bürger langfristige Ziele für die Gemeindeentwicklung erarbeiten. Diese können später in die Gemeindeordnung aufgenommen werden. Gleichzeitig werden thematische Zukunftsräte durchgeführt: Engagierte, Betroffene und Sachkundige eines bestimmten Themenkreises treffen sich, überlegen sich längerfristige Ziele und lancieren dazu Projekte, die in Richtung dieser Ziele führen. Die Koordination mit dem Gemeinderat kann über einen Leistungsauftrag erfolgen.

Für grössere gesellschaftliche Einheiten auf Verfassungsebene

Für grössere gesellschaftliche Einheiten wie Kantone, Regionen, Bund oder supranationale Einheiten können Zukunftsräte auf Verfassungsebene eingeführt werden. Die langzeitorientierten qualitativen Ziele, die sie erarbeiten, können in Verfassungsfenster eingebracht werden. Solche Fenster gibt es zu jedem Kapitel in der Verfassung. Sie sind ein Zwischending zwischen kurzeitorientierten Gesetzen und nicht handlungsverbindlichen Verfassungsartikeln. Für Parlament und Exekutive sind sie ebenso verbindlich wie Gesetz und Verfassung. Eine solche Einrichtung erlaubt es, in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft länger-

werden. Dies kann mit Hilfe eines Vorschlagsgremiums geschehen, das zum Beispiel aus Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, des Parlaments, der Kirchen, der Non-Profit-Organisationen, der Kulturschaffenden und der Jugendorganisationen zusammengesetzt würde. Dieses Gremium schlägt ein Zukunftsrats-Team vor, das vom Parlament zu bestätigen ist. In der Diskussion ist auch ein allen offen stehendes Volkswahlverfahren mit einem Vergangenheits- und einem Zukunftsblatt. Auf letzterem legen Kandidatinnen und Kandidaten dar, weshalb sie Zukunftsräte werden wollen und was sie als solche anstreben würden. Auf dem Vergangenheitsblatt tragen die Kandidatinnen und Kandidaten Angaben zu Beruf, Ausbildung, Energieverbrauch, persönlicher Mobilität, Organisationszugehörigkeit, Einkommensquellen, Wohnfläche und ähnlichem ein. Ein Wahlkampf im herkömmlichen Stil findet nicht statt. Alle Wählenden verfügen über eine bestimmte Anzahl Punkte, die sie auf die Blätter verteilen können. So oder ähnlich könnte ein Zukunftsrat auf Verfassungsebene eingerichtet werden.

Die Zukunftsrat-Zukunft hat bereits begonnen

Heute ist die Schweiz sachte dabei, zu einem Zukunftsräte-Land zu werden, mit Zukunftsräten in Schulen, Gemeinden, Kantonen/Regionen und auf Bundesebene: In den Kantonen Basel-Stadt, Fribourg, Graubünden, Waadt und Zürich sind Totalrevisionen der Verfassungen am Anlaufen oder bereits

kunsträte im Aufbau beginnen. Die Aufgabe, unsere Gesellschaft von den eingetretenen No-Future-Pfaden weg auf langfristig gangbare Entwicklungspfade zu bringen, ist keine kleine. Zukunftsräte können hierzu eine institutionelle Hilfe sein.

Grundlegende Weiterentwicklung unseres politischen Systems

Die Einführung von Zukunftsräten bedeutet eine grundlegende Weiterentwicklung unseres politischen Systems, wie es früher einmal die Einführung der Gewaltenteilung und die Einführung der Bürgerrechte waren. Das politische System wird gezielt um die Dimension der Langzeit ergänzt. Zwischen Gegenwarts- und Zukunftsräten gibt es eine Arbeitsteilung aufgrund der Langzeit- und Kurzeitorientierung.

Der englische Historiker Eric Hobsbawm hat das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Extreme bezeichnet. Die Einführung von Zukunftsräten wäre nicht mit zerstörerischen Atombomben, Ausflügen ins Weltall oder mit A-Werken zu vergleichen, es wäre etwas anderes. Nämlich etwas, eine gut durchdachte, neuartige Institution, die unsere Gesellschaft wirksam auf langfristig gangbare Entwicklungslinien führen kann. Ein Sinnbild dafür, in welche Richtung unsere menschlichen und gesellschaftlichen Anstrengungen in diesem Jahrhundert führen sollen.

* **Robert Unteregger** ist promovierter Philosoph, Mitgründer und Geschäftsführer der Stiftung Zukunftsrat.

Kontaktadresse: Stiftung Zukunftsrat, Postfach 3401 Burgdorf.